

### Thema der Woche

Europäische Kompetenzagenda zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Aus- und Weiterbildung

### In Kürze

Konvergenzbericht 2016: Nicht-Euro-Staaten machen Fortschritte auf dem Weg in die Eurozone

Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung des EU-Chile Assoziierungsabkommens

Neuer Rahmen für Migrationspartnerschaften

### Neues aus der Kommission

Kommission schnürt Migrationspaket und präsentiert Reform der Blue Card Richtlinie

Konsultation: Wie kann man den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung stärken?

Europäische Struktur- und Investitionsfonds in Österreich im Überblick

### Neues aus dem Europäischen Parlament

Abgeordnete segnen MiFID Verschiebung formell ab

Grünes Licht für WTO-Abkommen über Informationstechnologiegüter

## Neues aus dem Rat

Energieminister fassen allgemeine Ausrichtung zu zwischenstaatlichen Energieabkommen  
Verkehrsminister erteilen Aufträge für Abschluss von Luftverkehrsabkommen mit Drittstaaten  
Rat ebnet Weg für vereinfachte Prospektpflicht

## Neues aus anderen Bereichen

Neuer EEN-Marktplatz für internationale Kooperationen ist online

## Neues aus den Verbänden

UEAPME: Spitzenvertreter des europäischen Mittelstands und Handwerks fordern in Wien Stärkung der europäischen KMU-Politik

## Statistik der Woche

BIP im Euroraum um 0,6 Prozent und in der EU28 um 0,5 Prozent gestiegen

## Jobs+Jobs+Jobs

Europäische Stiftung für Berufsbildung sucht Mitarbeiter  
Eurojust sucht Administrative Assistants  
Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Mitarbeiter  
Single Resolution Board sucht Legal Officer

## EU-Agenda

EU-Kommission: 2173. Sitzung am 15. Juni 2016  
EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche  
EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche  
EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche  
EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

## Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenbergh 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: wko.at/eu

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: [Franziska.Annerl@eu.austria.be](mailto:Franziska.Annerl@eu.austria.be)



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
[eu@eu.austria.be](mailto:eu@eu.austria.be)

## Europäische Kompetenzagenda zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Aus- und Weiterbildung

Laut Angaben der EU Kommission verfügen rund 70 Millionen Menschen in Europa nur über unzureichende Grundkompetenzen. Gleichzeitig geben 40 Prozent aller Unternehmen an, Schwierigkeiten bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter mit geeigneten Kompetenzen zu haben. Da derartige Missverhältnisse zwischen Kompetenzangebot und -nachfrage die Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in Europa bremsen, hat die EU-Kommission die **„Neue Europäische Kompetenzagenda“** veröffentlicht. Die Kommission will unter anderem dafür sorgen, das Kompetenzniveau der Europäerinnen und Europäer anzuheben, Querschnittskompetenzen zu fördern und Methoden zu entwickeln, um die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes besser zu antizipieren.

„Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich sind jene Schwerpunkte, die in der „Europäischen Agenda für neue Kompetenzen“ adressiert werden, grundsätzlich richtig gewählt und auch für Österreich von Relevanz“, so Martha Schultz, Vizepräsidentin der WKÖ und des europäischen Wirtschaftskammerdachverbandes EUROCHAMBRES. So verfügen beispielsweise 16 Prozent aller Erwachsenen in Österreich zwischen 25-64 Jahren über keinen über die Sekundarstufe 1 hinausgehenden Bildungsabschluss (OECD, Bildung auf einen Blick 2015). „Diese und weitere Bildungsdefizite müssen auch in Österreich entschlossen angegangen werden“, fordert Schultz. Besonders erfreulich aus Sicht der WKÖ ist, dass in der Agenda auch Schritte zum Ausbau von Formen arbeitsplatzbasierten Lernens, wie beispielsweise dualer Ausbildung, vorgeschlagen werden. „Damit greift die EU-Kommission ein langjähriges Anliegen von EUROCHAMBRES auf, für welches ich mich in meiner Funktion als Vizepräsidentin im Rahmen einer Flagship-Initiative für die Lehrlingsausbildung eingesetzt habe“, betont Schultz.

Konkret enthält die Agenda unter anderem den Vorschlag zur Schaffung einer „Kompetenzgarantie“, die gering qualifizierten Erwachsenen dabei helfen soll, ein Mindestniveau an Lese-, Schreib- und Rechen- sowie digitalen Kompetenzen zu erreichen und ihnen letztlich den Erwerb eines Abschlusses der Sekundarstufe II zu ermöglichen.

Darüber hinaus soll die Berufsausbildung zur „ersten Wahl“ werden, weshalb Lernende in der Berufsbildung mehr Möglichkeiten erhalten sollen, um berufspraktische Erfahrungen am Arbeitsplatz zu sammeln. Zudem sollen die Erfolge der Berufsbildung auf dem Arbeitsmarkt stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Die WKÖ begrüßt, dass die Agenda Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung vorsieht. Was die Maßnahmen zur Verbesserung von Grundkompetenzen betrifft, sollten aus Sicht der WKÖ grundsätzlich alle Schlüsselkompetenzen – wie in der einschlägigen Empfehlung des Parlaments und des Rates 2006 – als Bildungsziele definiert werden. Im Hinblick auf Wichtigkeit und Zeitpunkt des Erreichens derselben, sollten Lese- und Mathematikkompetenzen jedenfalls Priorität haben.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

### Inhaltsverzeichnis

### Konvergenzbericht 2016: Nicht-Euro-Staaten machen Fortschritte auf dem Weg in die Eurozone

Der sogenannte Konvergenzbericht bildet die Grundlage für die Entscheidung, ob ein Mitgliedstaat die Voraussetzungen für den Beitritt zur Eurozone erfüllt. Dieser alle zwei Jahre erscheinende Bericht untersucht die Preisstabilität, die Finanzlage der öffentlichen Hand, die Wechselkursstabilität und die langfristigen Zinssätze in jenen Mitgliedstaaten, die noch nicht Teil der Eurozone sind. Daneben wird die Vereinbarkeit des jeweils nationalen Rechts mit dem Regelwerk der Wirtschafts- und Währungsunion evaluiert. Der **Konvergenzbericht 2016** betrifft jene sieben Staaten, die rechtlich gebunden sind, Teil der Eurozone zu werden: Bulgarien, die Tschechische Republik, Kroatien, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden. Die genannten Mitgliedstaaten machen Fortschritte bei der Umsetzung der Konvergenzkriterien, obgleich keiner von ihnen alle Kriterien (und damit die Voraussetzung für einen Beitritt zur Eurozone) erfüllt. Das Preisstabilitäts-Kriterium wird von allen bewerteten Staaten bis auf Schweden erfüllt. Da noch keiner der untersuchten Mitgliedstaaten dem Europäischen Wechselkursmechanismus beigetreten ist, erfüllt keiner von ihnen das Wechselkurskriterium. Die Voraussetzung, dass die langfristigen Zinssätze auf Staatsanleihen nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen darf, wird von allen sieben Mitgliedstaaten erfüllt.

### Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung des EU-Chile Assoziierungsabkommens

Am 8. Mai startete die Kommission eine **Konsultation** zur Modernisierung des Handelsteils des EU-Chile Assoziierungsabkommens. Bereits im Jahr 2002 wurde das Abkommen abgeschlossen; der handelspolitische Teil trat im Jahr 2003 in Kraft. Neben handelspolitischen Bestimmungen umfasst das Abkommen auch die Bereiche Menschenrechte, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Kooperation bei technischen Regulierungsfragen und geistiges Eigentum. Mit der nunmehr gestarteten Konsultation will die Kommission relevante Interessensträger zur Überarbeitung des Abkommens befragen. Auf Grundlage der somit erhaltenen Informationen will sie eine umfassende Folgenabschätzung über eine mögliche Modernisierung des Abkommens erstellen. Weitere Informationen zum Assoziierungsabkommen können auf der **Website der WKÖ** abgerufen werden.

### Neuer Rahmen für Migrationspartnerschaften

Maßgeschneiderte **Partnerschaften** sollen Drittstaaten künftig bereits vor Ort bei der Steuerung von Migration helfen. Anreize für Drittstaaten und Herkunftsländer können dazu beitragen, Fluchtursachen bzw. die Inanspruchnahme von Menschenschleusern und damit die irreguläre Migration besser zu bekämpfen. Kurzfristig sollen solche Migrationspakete mit Jordanien und Libanon geschlossen und Schritte unternommen werden, um zu weiteren Paketen mit Niger, Nigeria, Senegal, Mali und Äthiopien zu gelangen. Verstärkt werden soll das Engagement gegenüber Tunesien und Libyen. Die Kommission betont und verfolgt wie bislang den Ansatz, dass für ein erfolgreiches Gelingen auch der Beitrag der EU-Mitgliedstaaten auf diplomatischer, technischer und finanzieller Ebene entscheidend sein wird.

### Kommission schnürt Migrationspaket und präsentiert Reform der Blue Card Richtlinie

Die Europäische Kommission stellte diese Woche die lang erwarteten Maßnahmen zur besseren Bewältigung und Steuerung der Migration vor. **Mit dem Migrationspaket** sollen Flucht- und Migrationsursachen an der Wurzel **bekämpft**, der **Arbeitsmarktzugang von qualifizierten Kräften** gefördert und die Integration von Drittstaatsangehörigen vorangetrieben werden. Die **seit 2014 angekündigte und nun konkretisierte Überarbeitung der sogenannten Blue-Card Richtlinie** regelt die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen und ihren Familien, die einer hochqualifizierten Beschäftigung in einem Land der Europäischen Union nachgehen wollen.

**Folgende Neuerungsvorschläge zur Blue-Card** stehen zur Diskussion: Die **Verfahrensdauer soll auf 60 Tage gekürzt** und die **Entlohnungsschwelle etwas niedriger gesetzt** werden, um diese an die realen Verhältnisse anzupassen. Dieser formelle Schritt ist zu begrüßen. Bislang lag die Entlohnungsschwelle nämlich mindestens beim 1,5-fachen des jeweiligen nationalen Durchschnittslohnes, was eindeutig zu hoch war. Für Mangelberufe kann diese Schwelle nun auf 80 Prozent des Durchschnittslohns abgesenkt werden. Weiters zu begrüßen ist der Vorschlag, die **Mindestgültigkeit der Blue-Card auf 24 Monate festzulegen**. Diese konnte bisher von den Mitgliedstaaten selbst innerhalb einer Zeitspanne von einem bis vier Jahren festgelegt werden. Der vorliegende Vorschlag soll auch eine **Businessaktivität in einem anderen Mitgliedstaat für die Dauer von 90 Tagen innerhalb von 180 Tagen ermöglichen**, was bisher nicht vorgesehen war. Außerdem positiv zu vermerken ist, dass die Rechte eines Blue-Card-Inhabers – nämlich rascherer Zugang zu einem langfristigen Aufenthaltstitel – verbessert werden sollen. Für Familienangehörige von Blue Card Inhabern soll ein gleichzeitiger Aufenthaltstitel sichergestellt werden. Negativ anzumerken ist jedoch, dass Familienmitglieder einer Arbeitsmarktprüfung unterzogen werden können.

**Insgesamt begrüßt die Wirtschaftskammer Österreich in einer ersten Einschätzung die hier erwähnten Änderungsvorschläge.** Denn vor dem Hintergrund des bereits bestehenden Fachkräftemangels und der sinkenden Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung sind attraktivere Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb essentiell, um die besten Köpfe und Hände für wirtschaftlichen Aufschwung in Europa zu gewinnen.

Parallel dazu ist auch ein **Aktionsplan** vorgesehen, der Mitgliedstaaten dabei unterstützen soll, **Drittstaatsangehörige langfristig innerhalb der EU zu integrieren**. Die Schwerpunkte des Aktionsplans sind: Maßnahmen vor der Ankunft, Bildung, Arbeitsmarkt und Berufsausbildung, Zugang zu essentiellen Dienstleistungen und aktive Teilhabe sowie soziale Inklusion. Aus Sicht der österreichischen Wirtschaft sind die vorgelegten Lösungsansätze ein wichtiges Signal für stabilere wirtschaftliche Verhältnisse.

Ansprechpartnerin: **Stefanie Rieder**

#### Inhaltsverzeichnis

### Konsultation: Wie kann man den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung stärken?

Die Kommission hat eine **Konsultation** zu einer möglichen **Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008 („Verordnung über die gegenseitige Anerkennung“)** gestartet. Diese läuft bis 30. September



2016. Die gegenseitige Anerkennung ist ein Grundsatz im Bereich des freien Warenverkehrs. In Fällen, in denen keine Harmonisierungsvorschriften auf europäischer Ebene bestehen, dürfen Waren, die in einem Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden, auch in anderen Mitgliedstaaten verkauft werden, unabhängig davon, ob sie den nationalen technischen Vorschriften dieser Mitgliedstaaten entsprechen oder nicht.

Umgesetzt wurde die Verordnung u.a. durch die **Einrichtung von Produktinfostellen und den Aufbau einer Produktdatenbank**, anhand derer sich die Anwendbarkeit der gegenseitigen Anerkennung prüfen lässt, sowie durch die Aufforderung an die Behörden, jede Entscheidung über die **Verweigerung des Marktzugangs auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung mitzuteilen und zu begründen**. Um mögliche Schwachstellen und mögliche Optionen zur Verbesserung bei der Anwendung der Verordnung zu untersuchen, hat die Kommission nun die laufende Konsultation gestartet.

Die **Wirtschaftskammer Österreich begrüßt die Initiative, den „Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung“ zu stärken**. Wo möglich, sollte das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung vorrangig sein. Es stellt insbesondere die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips sicher, da auf diese Weise die systematische Entwicklung einer schwerfälligen Reglementierung auf Gemeinschaftsebene vermieden wird. Allerdings verursachen die unterschiedlichen nationalen Umsetzungsvorschriften von EU-Richtlinien oftmals Behinderungen für Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig werden wollen. Daher sollte dort, wo Regelungsbedarf besteht, von Fall zu Fall geprüft werden, welches Rechtsinstrument besser geeignet ist.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

## Europäische Struktur- und Investitionsfonds in Österreich im Überblick

Die Europäische Kommission hat kürzlich **aktualisierte Länder-Fact Sheets** veröffentlicht, in denen dargelegt wird, **wie die einzelnen EU-Mitgliedstaaten von Finanzmitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) profitieren**.

Im **Zeitraum 2014-2020** beläuft sich die **Gesamtsumme** der ESIF-Mittel auf **454 Milliarden Euro**. Aus diesen Töpfen erhält **Österreich 4,92 Milliarden Euro**. Gemeinsam mit den österreichischen Ko-Finanzierungsmitteln in Höhe von 5,73 Milliarden Euro stehen bis 2020 somit insgesamt 10,65 Milliarden Euro für **Investitionen in unterschiedlichen Bereichen wie Forschung und technologische Entwicklung, Umwelt und Nachhaltigkeit sowie Ausbildung und Beschäftigung zur Verfügung**.

Mit diesen Mitteln sollen auch **kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Startups unterstützt** werden. Konkret sollen **über 1500 Firmen finanzielle Unterstützung oder Beratungsleistungen** erhalten, was zur Schaffung von über 2000 Arbeitsplätzen in den geförderten Unternehmen führen soll. Auch der Bereich Innovation und Forschung soll maßgeblich von den ESIF profitieren und 500 Arbeitsplätze allein in diesem Bereich schaffen.

Um insbesondere KMU einen einfacheren Zugang zu Mitteln aus den ESIF zu ermöglichen, ist eine **laufende Entbürokratisierung und Vereinfachung der EU-Regionalförderungen** aus Sicht der Wirtschaft ein wichtiges Thema. Die **WKÖ begrüßt daher die Einsetzung der „Hochrangigen Gruppe für Vereinfachung“**.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis



## Neues aus dem Europäischen Parlament

### Abgeordnete segnen MiFID Verschiebung formell ab

Anlässlich seiner jüngsten Plenartagung segnete das Europäische Parlament die Verschiebung der MiFID (Märkte für Finanzinstrumente) formell ab.

Konkret handelt es sich bei MiFID um **zwei Rechtsakte**, die mehr Transparenz und Effizienz in den Wertpapierhandel bringen sowie den Anlegerschutz verbessern sollen. Ursprünglich hätte die Umsetzung der EU-Vorgaben in das nationale Recht bis Juli 2016 erfolgen und diese ab Jänner 2017 angewendet werden sollen. Aufgrund technischer Probleme und noch offener Fragen zeichnete sich aber bereits seit längerem ab, dass diese Fristen nicht eingehalten werden können. Daher werden sowohl **Umsetzungs- als auch Anwendungsfrist um ein Jahr, also auf Juli 2017 bzw. Jänner 2018, verschoben**. Zusätzlich wurden auch noch der Anwendungsbeginn von gewissen Bestimmungen aus der Marktmissbrauchsverordnung und der Verordnung betreffend zentrale Wertpapierverwahrstellen verschoben, da diese auf MiFID verweisen. Schließlich wurden auch noch kleinere inhaltliche Änderungen an MiFID vorgenommen.

Die WKÖ begrüßt die Verschiebung, da hierdurch den Marktteilnehmern mehr Zeit gegeben wird, um sich auf die neuen Anforderungen einzustellen. Wesentlich ist jedoch auch, dass durch die Verschiebung auch ausreichend Zeit zwischen der nationalen Umsetzung und dem Anwendungsbeginn der entsprechenden Bestimmungen bleibt.

Ansprechpartner: Herwig Wutscher

### Parlament gibt grünes Licht für WTO-Abkommen über Informationstechnologiegüter

Das Europäische Parlament segnete am 8. Juni das im Rahmen der WTO verhandelte Informations-technologieabkommen (ITA) ab. Das zwischen der EU und 24 Ländern (u.a. Japan, China und USA) geschlossene Abkommen zielt darauf ab, Zölle auf 201 unterschiedliche IT-Waren abzubauen. Dazu gehören zum Beispiel Videospielekonsolen, GPS-Navigationssysteme, Telekommunikationssatelliten, Touch Screens und Videokameras. Die Tarife werden ab dem 1. Juli 2016 abgebaut und bis 1. Juli 2019 ganz abgeschafft. Zum Schutz von für die EU sensiblen Wirtschaftszweigen wird eine Reihe von Zöllen, z.B. auf Fernsehbildschirme, nur verzögert und stufenweise abgeschafft.

Die Erweiterung von ITA ist die größte Zollsenkungsinitiative in der Geschichte der Welthandelsorganisation (WTO). Es basiert auf dem gleichnamigen Abkommen aus dem Jahr 1996, das nach 20 Jahren schlicht nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik entsprach, weshalb von einer Reihe der vertragsschließenden Parteien eine Überarbeitung angegangen wurde. Die WKÖ begrüßt das Abkommen, da hierdurch der grenzüberschreitende Handel mit IT-Gütern gefördert werden könnte.

Ansprechpartner: Herwig Wutscher

#### Inhaltsverzeichnis

### Energieminister fassen allgemeine Ausrichtung zu zwischenstaatlichen Energieabkommen

Die **Energieminister** der 28 Mitgliedstaaten trafen sich diese Woche in Luxemburg, um unter anderem über den **Vorschlag** für einen Beschluss zur Einrichtung eines Mechanismus für den **Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen im Energiebereich** zu diskutieren.

Das **Hauptanliegen** dieses Kommissionsvorschlags besteht darin, der Kommission das Recht einzuräumen, zwischenstaatliche Abkommen im Energiebereich zwischen einem EU-Mitgliedstaat und einem Drittstaat einer **ex ante Prüfung** zu unterziehen. Diese Prüfung sollte vor dem Abschluss des zwischenstaatlichen Abkommens erfolgen und sicherstellen, dass der Vertrag mit dem einschlägigen Unionsrecht (z.B. 3. Energiepaket, Wettbewerbsrecht) in Einklang steht. Ferner vertritt die Kommission die Auffassung, dass die vorgesehene ex ante-Prüfung die Kohärenz der europäischen Außenpolitik im Energiebereich erhöhe und zudem die Verhandlungsposition der Mitgliedstaaten gegenüber Drittstaaten stärke.

In der **erzielten allgemeinen Ausrichtung** beschlossen die Mitgliedstaaten, die **Kommission vor der Aufnahme von bzw. während Verhandlungen zu zwischenstaatlichen Energieabkommen zu informieren**. In Bezug auf **zwischenstaatliche Abkommen im Gas-Sektor** räumen die Mitgliedstaaten der Kommission das Recht ein, diese **vor deren Unterzeichnung zu prüfen**. Diese Prüfung hat innerhalb von 6-12 Wochen zu erfolgen. Die Mitgliedstaaten haben gemäß der allgemeinen Ausrichtung darüber hinaus die Möglichkeit, bei zwischenstaatlichen Energieabkommen, die nicht den Gas-Sektor betreffen, eine **Vorab-Prüfung durch die Kommission zu beantragen**. Die letztgenannten Abkommen müssen aber jedenfalls nach deren Abschluss der Kommission notifiziert werden, woraufhin diese binnen neun Monaten eine Prüfung auf deren Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht durchführt. **Keine Pflicht zur Notifizierung besteht bei nicht-bindenden Übereinkünften**.

Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich ist der aktuell bestehende Informationsmechanismus ausreichend. Eine verpflichtende ex ante Prüfung wird als nicht notwendig erachtet. Den Mitgliedstaaten sollte jedoch die Möglichkeit eingeräumt werden, die Kommission bei Bedarf um Rat zu Fragen. Allenfalls könnte die Kommission eine Checkliste erstellen, in der wesentliche EU-rechtliche Aspekte aufgelistet sind, die im Rahmen der Verhandlungen zum Abschluss von zwischenstaatlichen Energieabkommen zu beachten sind.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis

### Verkehrsminister erteilen Aufträge für Abschluss von Luftverkehrsabkommen mit Drittstaaten

Diese Woche tagten die **Verkehrsminister** der EU-Mitgliedstaaten in Luxemburg. Im Zentrum der Verhandlungen standen Aspekte der von der Kommission im Dezember 2015 vorgeschlagenen **Luftverkehrsstrategie** für Europa, die die **Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Luftfahrtindustrie** stärken soll. Ein wichtiger Pfeiler der Strategie war die Aufforderung, neue umfassende Luftverkehrsabkommen mit verschiedenen Regionen und Ländern der Welt abzuschließen.



Die 28 Verkehrsminister ermächtigten vergangenen Dienstag die Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen über Luftverkehrsabkommen mit dem Verband südostasiatischer Staaten (ASEAN), der Türkei, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Kommission kündigte an, sich nun an diese Partner zu wenden, um die Verhandlungen in Kürze aufzunehmen. Diese Abkommen sollten neue wirtschaftliche Möglichkeiten schaffen und für faire und transparente Marktbedingungen sorgen. Ferner gewährleisten sie nach den Überlegungen der Kommission den Zugang zu den genannten Märkten und erleichtern Investitionen in den Luftverkehr.

Neben dieser Mandatserteilung hielten die Minister die bereits erzielten Fortschritte fest, die im Zusammenhang mit dem Vorschlag für eine Überarbeitung der Verordnung zur Flugsicherheit erzielt wurden. Dieser Rechtsakt soll dafür sorgen, auch bei steigendem Luftverkehrsaufkommen die hohen Sicherheitsstandards aufrechtzuerhalten. Die Arbeiten daran werden während des slowakischen Ratsvorsitzes fortgesetzt.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Aushandlung von Luftverkehrsabkommen mit Drittländern auf EU-Ebene ein wirksames Instrument ist. So hat sich nach Angaben der Kommission seit der Unterzeichnung des Luftverkehrsabkommens der EU mit den Staaten des westlichen Balkans die Anzahl der Fluggäste nahezu verdreifacht. Im Falle Marokkos haben sich die Fluggastzahlen verdoppelt. Seit dem Abschluss der Abkommen mit den USA und Kanada betrug der Zuwachs bei der Anzahl der Fluggäste zwischen der EU und diesen Märkten mehr als drei Millionen.

Ansprechpartner: Franz Brudl

#### Inhaltsverzeichnis

### Rat ebnet Weg für vereinfachte Prospektspflicht

Am 8. Juni verständigten sich die EU-Botschafter auf eine gemeinsame Verhandlungsposition zur Überarbeitung der Prospektrichtlinie, die noch anlässlich der nächsten Tagung des Rats für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) am 17. Juni bestätigt werden soll.

Der im November 2015 von der Kommission im Rahmen der Kapitalmarktunion gemachte Vorschlag soll zu Erleichterungen bei der Erstellung eines Kapitalmarktprospekts führen, aber gleichzeitig dafür sorgen, dass Investoren ausreichend über Risiken informiert werden. Unternehmen müssen ein Prospekt vorlegen, sobald Wertpapiere – etwa Aktien oder Anleihen – öffentlich angeboten werden, oder zum Handel auf einer Plattform zugelassen werden. Nach den Vorstellungen des Rats sollen künftig Wertpapiere mit einem Emissionsvolumen von unter € 500.000 (derzeit € 100.000) vom Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommen werden, wodurch die Prospektspflicht entfällt. Bei Emissionen zwischen € 500.000 und € 10.000.000 sollen die Mitgliedstaaten wählen können, ob sie diese ausnehmen wollen, oder nicht. Von der Prospektspflicht befreit sind unter gewissen Voraussetzungen bspw. auch Folgeemissionen (Ausgabe von Wertpapieren, die auf einer bereits erfolgten Emission aufbauen und für die somit schon ein Prospekt erstellt bzw. die bereits zum Handel zugelassen wurden). Auch hinsichtlich des Inhalts des Prospekts sollen Erleichterungen, etwa durch eigene Regeln für KMU, erreicht werden.

Die Überarbeitung der Richtlinie in Form einer Verordnung soll für mehr Konvergenz zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten sorgen. Gleichzeitig gewährt die Verordnung aber auch einen beträchtlichen nationalen Ermessensspielraum, etwa hinsichtlich der Ausnahmen.

Die WKÖ begrüßt den Verordnungsvorschlag, da hierdurch der Zugang zum Kapitalmarkt insbesondere für KMU verbessert werden könnte. Gleichzeitig muss aber auch anerkannt werden, dass das klassische

**Bankdarlehen auch in Zukunft die wichtigste Finanzierungsquelle** bleiben wird, weshalb für entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen zu sorgen ist.

Das Europäische Parlament muss nun noch über den Kommissionsvorschlag entscheiden, ehe die Verhandlungen mit dem Rat starten können.

Ansprechpartner: Herwig Wutscher

## Inhaltsverzeichnis

# Neues aus anderen Bereichen

## Neuer EEN-Marktplatz für internationale Kooperationen ist online

Ein entscheidender Schritt zum Erfolg auf internationalen Märkten ist ein verlässlicher Partner vor Ort, der den Zielmarkt gut kennt. Mit dem weltweiten Netzwerk des **Enterprise Europe Network** finden Unternehmen die für sie relevanten Geschäftspartner, innovativen Technologien und Forschungsergebnisse. Um die Suche nach Kooperationspartnern noch einfacher und effizienter zu gestalten, ist jetzt der neue **Marktplatz** – die Kooperationsdatenbank des Enterprise Europe Network – online. Dort können **Unternehmen in über 8000 Kooperationsprofilen aus über 60 Ländern suchen und sich über das Marktplatz-Abo laufend auf die eigenen Bedürfnisse abgestimmte aktuelle Profile automatisch zuschicken lassen.**



Die Kooperationsprofile (Angebote und Anfragen) werden in **drei Kategorien** unterteilt. Profile in **Business & Märkte** dienen dazu, Geschäfts- und Handelspartner zu vermitteln. Profile in **Innovation & Technologie** beschreiben technische Innovationen oder Problemstellungen, um diese weiter zu entwickeln oder neue Märkte zu erschließen. Bei Anfragen in **Forschung & Entwicklung** werden Partner für europäische Forschungsprojekte gesucht.

Auf der neu gestalteten Website für Österreich sind Informationen über alle Services des Netzwerks, sowie die Ansprechpartner zu den unterschiedlichen Themen zu finden. Das EEN unterstützt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei, die Herausforderungen der Internationalisierung zu meistern. In Österreich sind zahlreiche erfahrene Partner, darunter mehrere Wirtschaftskammern in den Bundesländern und die WKÖ im Enterprise Europe Network aktiv für die heimischen Unternehmen tätig.

Ansprechpartnerin: Kornelia Lienhart

## Inhaltsverzeichnis

## Neues aus den Verbänden

### UEAPME: Spitzenvertreter des europäischen Mittelstands und Handwerks fordern in Wien Stärkung der europäischen KMU-Politik



KMU- und Handwerksvertreter aus den EU-Mitgliedstaaten trafen sich am Freitag auf Einladung von Ulrike Rabmer-Koller, Präsidentin des europäischen KMU- und Handwerksverbandes UEAPME und Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), in Wien. Als Ehrengäste waren Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und WKÖ-Präsident Christoph Leitl vertreten. Im Zentrum der UEAPME-Generalsekretär standen Lösungsansätze für bessere Rahmenbedingungen von KMU. „Es gibt unzählige Analysen darüber, wie Europas Wirtschaft wieder angekurbelt und das Unternehmertum forciert werden können. Diesen Analysen müssen nun konkrete Maßnahmen folgen, damit es wieder attraktiver wird, ein Unternehmen zu gründen, zu führen und auszubauen. Aufgabe von UEAPME ist es, diese Maßnahmen zu bündeln und die politischen Entscheidungsträger davon zu überzeugen“, unterstrich Rabmer-Koller.

„Klein- und Mittelbetriebe bilden das Rückgrat der Wirtschaft – in Österreich wie in Europa“, sagte Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner vor den Vertretern des europäischen Mittelstands und des Handwerks. „Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diese Betriebe stabile Rahmenbedingungen vorfinden. KMU sind Jobmotoren und Wachstums- und Innovationsbringer. Hier müssen wir ansetzen, hier gilt es ein starkes wirtschaftspolitisches Interesse zu haben, effektive und erfolgreiche Maßnahmen zu setzen.“



V.l.n.r.: Christoph Leitl, WKÖ-Präsident, Peter Faross, UEAPME-Generalsekretär, Ulrike Rabmer-Koller, UEAPME-Präsidentin und WKÖ-Vizepräsidentin, Reinhold Mitterlehner, Vizekanzler und Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft [Bildnachweis: © photonews.at/Georges Schneider]

#### Inhaltsverzeichnis



WKÖ-Präsident Christoph Leitl hob insbesondere die Bedeutung der dualen Ausbildung im KMU-Bereich hervor. Österreich sei hier Weltspitze, verfüge über eine der geringsten Quoten bei der Jugendarbeitslosigkeit in Europa, und zeige bei internationalen Wettbewerben, dass es zu den Besten zähle. Als einen „vielversprechenden Investitionsimpuls auf EU-Ebene“ bewertete er den Europäischen Fonds für **Strategische Investitionen (EFSI)**. Jedoch bestehe im Hinblick auf dessen Nutzung in Österreich noch Potenzial für Verbesserungen. Auch im Hinblick auf den Ausbau von Garantien für KMU müsse man stärker tätig werden.

Gemäß UEAPME KMU-Barometer gibt es erste zarte Signale, dass KMUs wieder positivere Erwartungen in ihrer wirtschaftlichen Zukunft sehen. Um diese **Anzeichen der Erholung in ein nachhaltiges Wachstum umzuwandeln, sind in mehreren Bereichen optimierte Rahmenbedingungen nötig**: Auch für UEAPME sind Bürokratieabbau und eine vereinfachte, für alle KMUs anwendbare Gesetzgebung auf EU-Ebene wie in den Mitgliedstaaten dringend erforderlich. Um Investitionen anzukurbeln, müssten sich **KMU-Finanzierungsinstrumente zudem stärker auf die Förderung von Innovation und Investitionen konzentrieren**. KMUs sind mehr denn je auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen und die berufliche Aus- und Weiterbildung ist ein wirksames Instrument für den erfolgreichen Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt. Notwendig seien daher mehr betriebliche Ausbildung für junge Menschen mit geringen Qualifikationen und mehr Unterstützung für Unternehmen, die dies fördern, so der Tenor der KMU- und Handwerksvertreter in Wien. Last but not least biete der digitale Binnenmarkt viele neue Chancen auch für kleine und mittlere Unternehmen.

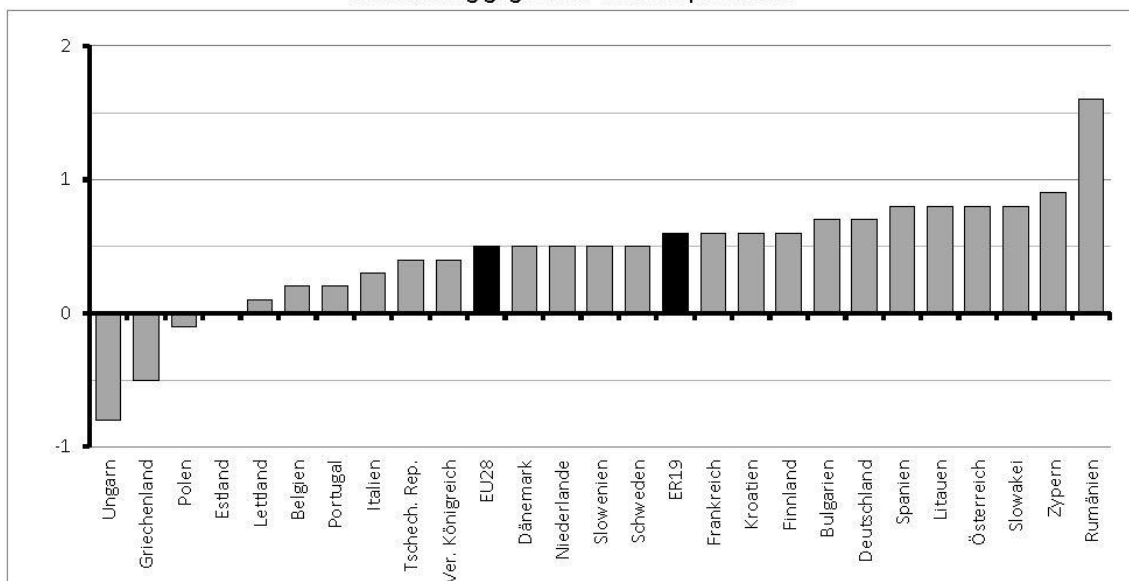
Ansprechpartner: **Markus Stock**

### Inhaltsverzeichnis



## BIP im Euroraum um 0,6 Prozent und in der EU28 um 0,5 Prozent gestiegen

**Wachstumsraten des BIP im ersten Quartal 2016**  
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Irland, Luxemburg und Malta: Daten für das erste Quartal 2016 nicht verfügbar.

Im ersten Quartal 2016 stieg das saisonbereinigte BIP laut **Eurostat** gegenüber dem Vorquartal im Euroraum (ER19) um 0,6 Prozent und in der EU-28 um 0,5 Prozent. Im vierten Quartal 2015 war das BIP um 0,4 Prozent bzw. um 0,5 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres nahm das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal 2016 im Euroraum um 1,7 Prozent und in der EU um 1,8 Prozent zu.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten Rumänien (+1,6 Prozent), Zypern (+0,9 Prozent), Spanien, Litauen, **Österreich** und die Slowakei (je +0,8 Prozent) das **höchste Wachstum** im Vergleich zum Vorquartal. Rückgänge wurden in Ungarn (-0,8 Prozent), Griechenland (-0,5 Prozent) und Polen (-0,1 Prozent) registriert, während das BIP in Estland unverändert blieb.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

## Inhaltsverzeichnis



### Europäische Stiftung für Berufsbildung sucht Mitarbeiter

Die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) mit Sitz in Turin sucht:

#### **Procurement and Contract Officer**

Contract Agent - Function group III,

Reference: ETF-REC-16/03, Bewerbungsfrist: 20. Juni 2016

#### **Finance Officer**

Contract Agent - Function group III,

Reference: ETF-REC-16/02, Bewerbungsfrist: 20. Juni 2016

Weitere Informationen sind **online** abrufbar.

### Eurojust sucht Administrative Assistants

Die Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit (EUROJUST) mit Sitz in Den Haag sucht:

#### **Administrative Assistant to Eurojust (Polish National Desk)**

Reference: 16/EJ/04, Bewerbungsfrist: 26. Juni 2016

#### **Administrative Assistant to Eurojust (Slovenian National Desk)**

Reference: 16/EJ/05, Bewerbungsfrist: 27. Juni 2016

Weitere Informationen sind **online** abrufbar.

### Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Mitarbeiter

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:



**Project Coordinator (FG IV)**

Reference: EASO/2016/CA/004, Bewerbungsfrist: 27. Juni 2016

**Accounting Officer (AD 7)**

Reference: EASO/2016/TA/007, Bewerbungsfrist: 28. Juni 2016

**Head of Department of Operations (AD 12)**

Reference: EASO/2016/TA/009, Bewerbungsfrist: 8. Juli 2016

**Head of Department of Asylum Support (AD 12)**

Reference: EASO/2016/TA/010, Bewerbungsfrist: 8. Juli 2016

**Head of Information and Analysis Unit (AD 10)**

Reference: EASO/2016/TA/011, Bewerbungsfrist: 11. Juli 2016

**Head of Asylum Support Unit (AD 10)**

Reference: EASO/2016/TA/012, Bewerbungsfrist: 11. Juli 2016

Weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

## Single Resolution Board sucht Legal Officer

Die Europäische Abwicklungsbehörde für die Bankenunion (SRB) sucht:

**Legal Officer**

Temporary Agent - Function Grade AD 6

Reference: SRB/AD/2016/007

Bewerbungen sind bis zum 5. Juli 2016 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

### Inhaltsverzeichnis

## EU-Agenda

## Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2173. Sitzung am 15. Juni 2016:

### Politische Koordinierung/Grundrechte und Rechtsstaat/Migration, Inneres

Mitteilung: Zweiter Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Türkei Erklärung

Empfehlung der Kommission über die Wiederaufnahme der Transfers nach Griechenland unter der Dublin-Verordnung

**Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen/Gesundheit und Ernährungssicherheit**

Mitteilung über endokrine Disruptoren und den Entwurf von wissenschaftlichen Kriterien für ihre Bestimmung im Zusammenhang mit der EU-Gesetzgebung zu Pflanzenschutzmitteln und Bioziden

## Ausschüsse des Europäischen Parlaments

**13. Juni Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres**

Anhörung zu den Auswirkungen der Migrationsbewegungen in letzter Zeit auf die Umsetzung und die Überprüfung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)

**13.-14. Juni Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie**

Öffentliche Anhörung zum Thema „Industrie 4.0 und Auswirkungen von Robotik und Big Data auf die Industrie“

Kosteneffiziente Emissionsreduktionen und Investitionen in CO<sub>2</sub>-arme Technologien

Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts

- Annahme des Entwurfs eines Berichts

Energieeffizienzkenzeichnung

- Annahme des Entwurfs eines Berichts

Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle

Verpackungen und Verpackungsabfälle

AbfalldPONien

Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung

EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas

**13.-14. Juni Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz**

Grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltendiensten im Binnenmarkt

Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union

Legislative Kontrolle:

- „Ihr Europa - Beratung“ und SOLVIT

### Inhaltsverzeichnis

Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen

Erläuterungen der Kommission zum Paket zum elektronischen Geschäftsverkehr

Erläuterungen der Kommission zu den neuen Vorschriften über audiovisuelle Mediendienste und den Zugang zu Online-Plattformen

#### **13.-14. Juni Ausschuss für Wirtschaft und Währung**

Öffentliche Anhörung mit Danièle Nouy, Vorsitzende des Aufsichtgremiums der EZB

Öffentliche Anhörung zum Thema „Verbriefung“

Wirtschaftspolitischer Dialog und Austausch mit Jeroen Dijsselbloem, Präsident des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ und Finanzminister der Niederlande

Protokoll zum Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Monaco über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates gleichwertig sind

Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden

Aussprache mit Jonathan Hill, für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion zuständiges Mitglied der Kommission

#### **13.-14. Juni Haushaltskontrollausschuss**

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 - alle Einzelpläne

#### **13.-14. Juni Rechtsausschuss**

Änderung der Richtlinie 2007/36/EG im Hinblick auf die Förderung der langfristigen Einbeziehung der Aktionäre sowie der Richtlinie 2013/34/EU in Bezug auf bestimmte Elemente der Erklärung zur Unternehmensführung

Vorstellung eines Arbeitsdokuments zur Urheberrechtsreform durch Jean-Marie Cavada, Koordinator der Arbeitsgruppe

Auslegung und Umsetzung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung

Zur Zukunft des europäischen Gesellschaftsrechts

Erläuterungen der Kommission zu den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation über unverbindliche Leitlinien zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen durch bestimmte große Unternehmen

#### **Inhaltsverzeichnis**

15. Juni

**Haushaltsausschuss**

Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2016: Die Eingabe des Überschusses des Geschäftsjahres 2015

15. Juni

**Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr**

EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas

15.-16. Juni

**Ausschuss für internationalen Handel**

Aktueller Stand der Verhandlungen über den internationalen Handel

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den SADC-WPA-Staaten andererseits

Stand der laufenden Trilogverhandlungen

Die Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020

Handelspolitik der EU und Nachhaltigkeit der globalen Wertschöpfungsketten

Aussprache über die Bewertung des FLEGT-Aktionsplans und die Überarbeitung der EU-Holzverordnung

Eine auf die Zukunft ausgerichtete innovative Strategie für Handel und Investitionen

Vorstellung einer Studie über die Modernisierung der handelspolitischen Säule des Globalabkommens EU-Mexiko

15.-16. Juni

**Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten**

Sozialdumping in der Europäischen Union

Methoden für die optimale Nutzung des Potenzials kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Auswirkungen der digitalen Agenda der Kommission auf den Zuständigkeitsbereich des EMPL-Ausschusses, insbesondere in Bezug auf Beschäftigung, Löhne und Kompetenzen

Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen

Aussprache mit Allan Larsson (Sonderbeauftragter für den europäischen Grundstock an sozialen Rechten)

Anforderungen gemäß Artikel 33 Absatz 2 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im EU-Kontext

· Vorstellung der Stellungnahme der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

**Inhaltsverzeichnis**

Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen (Zusammen mit dem Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter)

**15.-16. Juni Ausschuss für regionale Entwicklung**

Eine EU-Strategie für die Alpenregion

**15.-16. Juni Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**

Bericht über laufende interinstitutionelle Verhandlungen

- Kontrollen und Maßnahmen zur Sicherstellung der Anwendung von Lebens- und Futtermittelrecht, Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit, Pflanzenvermehrungsmaterial und Pflanzenschutzmittel
- Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika
- Reduzierung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe

Widerspruch gemäß Artikel 106: Gesundheitsbezogene Angaben zu Koffein

Überarbeitung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle (Abfallrahmenrichtlinie)

Überarbeitung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Überarbeitung der Richtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien (Deponierichtlinie)

Verordnung über Medizinprodukte und Überarbeitung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009

In-vitro-Diagnostika

Austausch zum Thema Nachhaltigkeit mit Frans Timmermans, Erster Vizepräsident und EU-Kommissar für Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta

**16. Juni Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie**

Der Ausschuss tagt.

**Inhaltsverzeichnis**

## Tagungen des Rates

**16.-17. Juni Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

Vorschlag für eine Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene



Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung

Europäisches Semester 2016: Beitrag für den Europäischen Rat

(ggf.) Kompetenzpaket

- Vorstellung durch die Kommission

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Ein integrierter Ansatz

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu einem Neubeginn für einen starken sozialen Dialog

Gleichstellung

Internationale Dimension der Beschäftigungs- und der Sozialpolitik

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Verbesserung der Lebensmittelqualität

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu den nächsten Schritten im Rahmen eines „Eine Gesundheit“-Konzepts zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenz

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung des Gleichgewichts des Arzneimittelsystems in der EU und ihren Mitgliedstaaten

Aktueller Gesetzgebungsvorschlag

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Medizinprodukte und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über In-vitro-Diagnostika
- Verordnung Nr. (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke und Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung
  - Getränke auf Milchbasis und gleichartige Erzeugnisse, die für Kleinkinder bestimmt sind
- Normung von Gesundheitsdienstleistungen
- Der Gesundheitszustand in der EU
- Europäischer Fonds für strategische Investitionen und Investitionsoffensive für Europa
- Unterstützung der Reaktion der Mitgliedstaaten auf das Zika-Virus durch die Kommission
- Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Leistungsbewertung ihres Gesundheitssystems

Inhaltsverzeichnis

## Richtlinie zur Bekämpfung der Steuervermeidung

- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts

## Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Umsetzung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer

## Stärkung der Bankenunion

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Auf dem Weg zur Vollendung der Bankenunion“

## Prospektverordnung

## Geldmarktfonds

## Verwirklichung der Bankenunion

- Sachstand

## Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung (Aktionsplan der Kommission)

Analyse der befristeten Mehrwertsteuer-Ausnahmeregelungen (Umkehrung der Steuerschuldnerschaft)

(ggf.) Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)

(ggf.) Bericht des Rates (Wirtschaft und Finanzen) an den Europäischen Rat zu Steuerfragen

## Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

**16. Juni**

### Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtssache C-174/15 Vereinigung Openbare Bibliotheken

#### Online-Verleih von E-Books durch Bibliotheken

Nach der Richtlinie 2006/115 können die Mitgliedstaaten öffentlichen Bibliotheken das Recht einräumen, Bücher zu verleihen, ohne vorher die Zustimmung des Urhebers einholen zu müssen. Es muss jedoch dafür gesorgt sein, dass der Urheber eine Vergütung erhält. Die Rechtbank Den Haag möchte vom Gerichtshof in diesem

Zusammenhang wissen, ob diese „Bibliotheksausnahme“ vom ausschließlichen Verleihrecht des Urhebers auch den Online-Verleih von E-Books umfasst.

Weitere Informationen

Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte laufende Konsultationen

Verkehr:

Ex-post-Evaluierung der Leistungs- und Gebührenregelungen für den einheitlichen europäischen Luftraum

07.06.2016 - 04.09.2016

Unternehmen, Binnenmarkt:

Öffentliche Konsultation zur möglichen Überarbeitung der Verordnung zur gegenseitigen Anerkennung (EG) Nr. 764/2008

07.06.2016 - 30.09.2016

Forschung und Technologie, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:

Öffentliche Konsultation zum Arbeitsprogramm 2018-2020 für den Themenbereich „Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, marine, maritime und limnologische Forschung und Biowirtschaft“ im Rahmen von Horizont 2020

06.06.2016 - 28.08.2016

Bank- und Finanzwesen:

Wichtigste Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds in der EU

02.06.2016 - 02.10.2016

Entwicklung:

UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung - Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik

30.05.2016 - 21.08.2016

Verkehr:

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung (EU) 913/2010 zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr

27.05.2016 - 21.08.2016

Unternehmen, Binnenmarkt:

Konsultation zur Regulierung von Berufen: Verhältnismäßigkeit und nationale Aktionspläne der Mitgliedstaaten

27.05.2016 - 19.08.2016

Inhaltsverzeichnis

Beschäftigung und Soziales:

Öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitevaluierung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)

18.05.2016 - 18.08.2016

Justiz und Grundrechte, Verbraucher:

Öffentliche Konsultation zum Fitness-Check des europäischen Verbraucher- und Marketingrechts

12.05.2016 - 02.09.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2008-2010

11.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2007-2010

11.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischer Rückkehrfonds finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Außengrenzenfonds finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Unternehmen, Binnenmarkt:

Öffentliche Konsultation zur Entwicklung einer Weltraumstrategie für Europa

19.04.2016 - 12.07.2016

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:

Konsultation in bezug auf die evaluierung und überprüfung der datenschutzrichtlinie für elektronische kommunikation

12.04.2016 - 05.07.2016

## Inhaltsverzeichnis

Forschung und Technologie:

Öffentliche Konsultation zum Arbeitsprogramm „Wissenschaft mit der Gesellschaft und für die Gesellschaft“ 2018-2020 im Rahmen von Horizont 2020

11.04.2016 - 04.07.2016

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:

Überarbeitung des europäischen Interoperabilitätsrahmens

06.04.2016 - 29.06.2016

Öffentliche Gesundheit, Unternehmen, Verbraucher, Binnenmarkt:

Öffentliche Konsultation zu Methylisothiazolinon (MIT) im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel - auszuspülende/abzuspülende kosmetische Mittel

01.04.2016 - 01.07.2016

Binnenmarkt, Öffentliche Gesundheit, Unternehmen, Verbraucher:

Öffentliche Konsultation über Erdnussöl und hydrolysiertes Weizenprotein im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel

01.04.2016 - 01.07.2016

Binnenmarkt:

Öffentliche Konsultation im Rahmen der Start-up-Initiative

31.03.2016 - 31.07.2016

Justiz und Grundrechte:

Konsultation über einen wirksamen Insolvenzrahmen in der EU

23.03.2016 - 14.06.2016

Unternehmen, Binnenmarkt:

Offene öffentliche Konsultation im Rahmen der Eignungsprüfung in der Bauwirtschaft

23.03.2016 - 20.06.2016

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:

Öffentliche Konsultation zur Rolle der Verleger in der urheberrechtlichen Wertschöpfungskette und der "Panorama-Ausnahme"

23.03.2016 - 15.06.2016

Beschäftigung und Soziales, Wirtschaft und Finanzen:

Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte

08.03.2016 - 31.12.2016

## Inhaltsverzeichnis